

„Immer vom Schlimmsten ausgehen“

☒ Zwei Wochen nach dem Hamburger Mord an einer jungen Afghanin greift schwarz-grün jetzt zum eisernen Besen. Mädchen, die Opfer der importierten Gewaltkultur des Islam zu werden drohen, sollen demnächst mit der ganzen Härte sozialpädagogischer Maßnahmen vor messerwetzenden Ehrvollstreckern geschützt werden. Amerikanische Verhältnisse – also „No Tolerance“ – haben islamische Shariahenker in Hamburg aber auch in Zukunft nicht zu befürchten.

Die [Welt berichtet](#):

Knapp zwei Wochen nach dem „Ehrenmord“ an der Deutsch-Afghanin Morsal O. (16) hat der Senat erste Konsequenzen angekündigt, um ausländische Mädchen in Hamburg besser vor Gewalt in der Familie zu schützen. In ähnlichen Fällen müssten staatliche Einrichtungen wie soziale Dienste oder Jugendhilfe künftig enger zusammenarbeiten und immer vom Schlimmsten ausgehen, sagte Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU). „Dann müssen wir uns fragen: Was ist zu tun, um diesen worst case zu verhindern?“ Lügen stichhaltige Hinweise auf Lebensgefahr vor, sollte die Trennung von Kind und Familie energischer durchgesetzt werden, notfalls per Gericht. „Dieser Fall hat ein Schlaglicht auf die Situation vieler Frauen und Mädchen in traditionell patriarchalisch und religiös geprägten Familien geworfen“, betonte Wersich.

Wie berichtet, war Morsal O. von ihrem Bruder Ahmad (23) erstochen worden, weil sie leben wollte wie die meisten Mädchen in ihrem Alter: mit offenen Haaren, Schminke, Jeans und Jungs. Doch dadurch sah Morsals afghanische Familie ihre Ehre verletzt. Die Tochter flüchtete immer wieder vor Anschuldigungen und Angriffen. Mit 14 Jahren wurde sie Dauergast in Hilfseinrichtungen, wollte aber stets nach Hause

zurück. Die Stadt hätte keine juristische Grundlage gehabt, um das Mädchen gegen ihren Willen von der Familie zu trennen, bekräftigte Wersich.

Im März 2007 wurde die „unwürdige Tochter“ zur Umerziehung nach Afghanistan geschickt. Vater Ghulam-Mohammed O. meldete sie von der Schule ab: mit einem Anruf beim Klassenlehrer. „So etwas wird nicht mehr möglich sein“, kündigte Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) an. Von nun an müsse die Abmeldung mindestens schriftlich erfolgen, „Dann prüfen wir, ob das glaubwürdig ist.“ Gegebenenfalls sei ein Gespräch mit den Eltern nötig.

„Kein kultureller Dispens für Mord“, nennen die Grünen das bahnbrechende Konzept, mit Morddrohern mal drüber zu reden, dass das irgendwie nicht okay ist und so. Helfen wird das Geschwätz keinem, am wenigsten den Opfern der islamischen Parallelgesellschaft. Recht und Gesetz sind nicht teilbar. Wer hier lebt hat sich daran zu halten oder wird konsequent ausgewiesen. So einfach, und nur so einfach begegnet man kriminellen Gesindel. Wer sich weiter vor dieser Wahrheit drückt, wird mitschuldig an den kommenden Verbrechen, nicht nur an den eigenen Töchtern der muslimischen Migranten. Stattdessen gibt es mehr Geld für sozialpädagogische Institutionen, die ihre Unfähigkeit, wirksam zu helfen gerade bewiesen haben:

CDU und GAL wollen zu dem Zweck auch Geld ausgeben. Der Senat werde die im April 2007 eröffneten Beratungsstellen Lale und I.bera zusätzlich mit 60.000 Euro fördern, kündigte Wersich an. Im Koalitionsvertrag seien weitere Maßnahmen vereinbart, etwa ein Wohnprojekt für Frauen, denen Zwangsheirat droht. „Wir wollen auch Lehrer trainieren, damit sie Signale gefährdeter Schülerinnen rechtzeitig erkennen“, sagte Goetsch. Außerdem sollten interkulturelle Berater eingeschaltet werden.

Was fehlt noch? Die Tante SPD. Ausgerechnet die Spitzbuben, die das Migrationsdesaster federführend zu verantworten haben und bis zum heutigen Tag jede Kritik an den Verfehlungen niederbrüllen, versuchen schnell noch Kapital aus der Tragödie des ermordeten Mädchens zu schlagen:

SPD-Jugendpolitikerin Carola Veit fühlte sich „in trauriger Weise an die mangelhafte Aufarbeitung der Jessica-Tragödie erinnert“. Die SPD werde deswegen weiter auf eine lückenlose Darstellung des Behördenhandelns drängen. Schließlich bleibe unklar, warum die Geschichte nicht im Rahmen einer für solchen Fälle vorgesehenen Fallkonferenz behandelt worden sei. Veit forderte eine Schwachstellenanalyse, um ähnliche Fälle zu verhindern.

Eine Fallkonferenz. Eine Schwachstellenanalyse. Meine Schwachstellenanalyse hat ergeben: Wir werden von Schwachköpfen regiert.

Türkei: Kein Schnaps, nirgends



Mit soviel Wahrheit hatten sie sicher nicht gerechnet: Eine Gruppe deutscher Politikerinnen, die sich ein Bild vom wahren Gesicht der Türkei machen wollten, um Vorurteile abzubauen, zeigte sich „schockiert“, über [die eigenen](#)

Erlebnisse. Einer türkisch-stämmigen Berliner Abgeordneten wurde im Gegensatz zu ihren deutschen Kolleginnen ein alkoholisches Getränk verweigert.

Wie „Turkish Daily News“ in ihrer Online-Ausgabe weiter berichtete, ereignete sich der Zwischenfall am 18. Mai. Der Berliner SPD-Abgeordneten Dilek Kolat wurde seitens des Geschäftsführung des „Golden Horn Hotel“ mitgeteilt, die in Ankara regierende islamisch orientierte AKP würde zwar den Alkoholausschank an Ausländer tolerieren, das Hotel aber sofort schließen lassen, wenn Türken Alkohol serviert werde.

Kolat zufolge hatten ihre deutschen Kolleginnen Wein bestellt, sie selbst hatte auf Türkisch einen Raki – einen traditionellen Anisschnaps – geordert. Daraufhin habe man ihr gesagt, da sie Türkin sei, gebe es keinen Alkohol für sie – auch wenn sie eine deutsche Abgeordnete sei.

Schon interessant, ein verweigertes Schnäpschen schafft, was Zwangsheiraten und Ehrenmorde nicht schaffen: Den gutmenschlichen Glauben an die Türkei zu erschüttern – wenigstens ein bisschen.

(Spürnase: juris p.)

Sie wollen diese Moschee



Viele Berliner atmeten auf, als sich das Bauprojekt der radikalen Inssan-Moschee durch einen Verkauf des Grundstücks [erledigt zu haben schien](#). Aber die Gutmenschen geben nicht auf und wollen mit aller Macht den Bürgern die fanatischen Moslems als Nachbarn aufzwingen.

PI liegt [ein Antrag](#) vor, den die FDP gemeinsam mit den Grünen und den Grauen in das Plenum des BVV (Bezirksparlament) am kommenden Donnerstag einbringen wird. Darin heißt es:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, dem Verein „Inssan“ bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück behilflich zu sein. Es soll auch prüfen, in wieweit ein geeignetes bezirkliches Grundstück für einen Moscheebau an den Verein veräußert werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.08.2008 zu berichten.

Unabhängig davon, dass dieses Anliegen weder die Aufgabe der BVV noch die des Bezirksamtes ist, lassen sich zahlreiche Beispiele nennen, wo Unternehmen, die ein paar Arbeitsplätze mitgebracht hätten, ganz andere Erfahrungen gemacht haben. Hier setzt sich ausgerechnet die FDP – und man kann sicher sein, mit späterer Zustimmung von SPD und Linke – für einen fragwürdigen Verein ein, der nachweisbar mit den Muslimbrüdern in Verbindung steht, bzw. deren Interessen vertritt. Sie wollen diese Moschee und niemand weiß warum. Ob dies vielleicht damit zu tun hat, dass [Herr Jotzo – Mitglied der](#)

[FDP-Fraktion](#) im Berliner Abgeordnetenhaus – den Verein als Rechtsanwalt vertritt?

» [Weitere Berichte zum Thema](#)

Islam in Europa als Herausforderung



Die Globalisierung ist auch für Europa ein Thema von großer Bedeutung. Die Welt ist näher zusammengerückt. Das gilt auch für die islamische Welt und Europa. Daraus ergeben sich neue Chancen ebenso wie Herausforderungen für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft im 21. Jahrhundert.

(Vortrag von Prof. Dr. Christine Schirrmacher – wie er am 21. Mai 2008 in Traun, Österreich, [hätte gehalten werden](#) sollen)

Nordafrika ist durch seine Kolonialvergangenheit eng mit Frankreich verbunden, Bangladesh, Pakistan und Indien mit Großbritannien. Dort leben knapp 2,5 Mio., in Frankreich rund 6 Mio., in Deutschland 3,4 Mio. Muslime. Nach Österreich kamen vor allem Muslime aus den Balkanländern. In Deutschland begann die Zuwanderung vor rund 45 Jahren, als in der Nachkriegszeit die Anwerbung von Arbeitskräften aus Süd(ost)europa und später auch aus Anatolien/Türkei die Lösung für einen wachsenden

Arbeitsmarkt zu sein schien.

Die ersten Zehntausende Muslime kamen ab 1961 nach Deutschland. Es waren vor allem männliche Arbeitskräfte ohne Familien. Nach dem Anwerbestopp 1973 zogen Frauen und Kinder nach. Durch Revolutionen und Kriege (vor allem die Iranische Revolution 1979, den iranisch-irakischen Krieg 1980–1988 und den Balkankrieg der 90er Jahre), durch Flüchtlingsströme, Asylbewerber und eine höhere Geburtenrate im Vergleich zur westlichen Bevölkerung wuchs die Zahl der muslimischen Migranten in Europa auf heute 16 bis 20 Mio. Menschen an.

Selbst in den vergangenen 20 Jahren, als diese Entwicklung absehbar war, haben sich die europäischen Länder damit schwergetan, sich als „Einwandererländer“ zu erkennen. Es wurde vielfach versäumt, über kulturelle und gesellschaftliche, über politische wie religiöse Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu diskutieren, drohende Fehlentwicklungen zu thematisieren und Regeln für das Zusammenleben in der Zukunft zu erarbeiten. Nur allzu selbstverständlich gingen die europäischen Gesellschaften davon aus, dass diese Menschen die westliche, säkulare Lebensweise ihrer eigenen Tradition vorziehen, ihre religiös-kulturellen Wurzeln mit der Zeit aufgeben und sich anpassen würden. Heute liegt offen zutage, dass diese Annahme falsch war, ja, dass in vielen Teilen Europas längst eine umgekehrte Entwicklung – eine Rückbesinnung auf einen kämpferischen Islam und einen gesellschaftlichen Rückzug in das eigene Umfeld – eingesetzt hat.

Die meisten Muslime, die heute in Europa leben, werden bleiben, ihre Zahl wird weiter zunehmen. In ihren Heimatländern bietet ihnen die politischen oder wirtschaftlichen Verhältnisse häufig keine Perspektive für eine Rückkehr, ihre Kinder und Enkel sind in Europa aufgewachsen. Angesichts dieser Situation ergeben sich mehrere Herausforderungen:

1. Gesellschaftliche Aspekte

Noch niemals zuvor haben so viele Menschen aus dem islamischen Kulturkreis dauerhaft in Europa gelebt. Aber sind sie auch in Europa zu Hause?

Viele junge Menschen der zweiten und dritten Generation sprechen zu wenig Deutsch (oder Französisch, Spanisch oder Niederländisch), um beruflich Erfolg zu haben. Welcher Zukunft gehen diese jungen Menschen entgegen? Nicht wenige fühlen sich zudem von den europäischen Gesellschaften nicht akzeptiert, ja diskriminiert und ziehen sich zurück in ihre eigene Welt, die eigene Sprache, die Moschee, das türkische oder arabische Stadtviertel. Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde geschehen gerade innerhalb dieser Rückzugsräume, in der von einigen Muslimen im Namen der Tradition und Religion das Recht in die eigene Hand genommen wird. Endlich wird in Europa über die Pflicht, die Sprache des Aufnahmelandes zu sprechen, offen gesprochen. Ohne Sprachbeherrschung keine Integration, ohne Integration kein beruflicher Erfolg und keine gemeinsame Zukunft.

Weder die Zuwanderer, noch die Aufnahmeländer haben ursprünglich mit einem dauerhaften Zusammenleben gerechnet. Beide Seiten gingen zunächst von wenigen Jahren aus. Besonders die Mehrheitsgesellschaft hat sich zu wenig mit den Herkunftskulturen der Zuwanderer beschäftigt, ja sich für ihre Lebenswelten kaum wirklich interessiert. Die „andere Kultur“ wurde entweder kritiklos bewundert oder aber ignoriert und abgelehnt. Mitmenschliche Begegnungen fanden viel zu selten statt. Das Wissen über den Islam ist in Europa bei vielen Menschen immer noch gering. Manche Muslime wollten zunächst „Europäer“ werden, haben sich dann aber enttäuscht abgewandt. Manche fanden Anschluß an eine Moschee, die Distanz und Rückzug predigt, den heimischen Nationalismus und den Islam als Identität in einer „gottlosen“ westlichen Gesellschaft als Alternative anpreist. Dann kann es bis zur Hinwendung zum politischen Islam (Islamismus) oder sogar zum Extremismus u.

U. nur noch ein kurzer Schritt sein.

Eine neue Situation für beide Seiten

Neu ist die Situation nicht nur für die europäischen, sondern auch für die muslimischen Gemeinschaften. Sie müssen hier in der „Diaspora“ in einer nichtmuslimischen westlichen Gesellschaft eine neue theologische und politisch-gesellschaftliche Standortbestimmung vornehmen. Viele Fragen kommen auf: Kann auf den lautsprecherverstärkten Gebetsruf – in islamischen Ländern eine Alltäglichkeit – in nichtislamischen Ländern verzichtet werden? Darf von Nichtmuslimen geschlachtetes (nicht geschächtetes) Fleisch von Muslimen verzehrt werden (eine Situation, die in islamischen Ländern kaum je auftreten wird)? Wie sind die islamisch begründeten Anstandsregeln (kein Kontakt zwischen jungen Männern und Mädchen) in einer freiheitlich pluralistischen Gesellschaft einzuhalten, in der sich nur noch wenige Menschen zu religiösen Werten bekennen? Darf der eigene Sohn eine deutsche, nichtmuslimische Frau heiraten, die die Familie u. U. als „Ungläubige“ beurteilt?

All das sind Fragen, die sich im islamischen Herkunftsland nie gestellt haben und auf die die muslimische Gemeinschaft Antworten finden muss, die auch innerhalb der muslimischen Gemeinde sehr unterschiedlich ausfallen.

Aber auch jenseits der alltäglichen Lebensführung ergeben sich in Bezug auf die Religion manche Fragen: Wie kann der islamische Glaube an die junge Generation weitergegeben werden, die inmitten einer pluralistischen, säkularisierten Gesellschaft lebt, die oft wenig von sichtbaren ethischen und religiösen Werten geprägt ist? Manche Familien beginnen in dem Wunsch, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren, erstmals in der Diaspora, ihre Religion zu praktizieren, andere beachten die Vorschriften strenger als im Herkunftsland. Dadurch wird besonders im türkischen Islam in Deutschland eine konservative Religiosität „konserviert“, die es in dieser Form in der

modernen Westtürkei kaum noch gibt.

Und wie verhält sich die westliche Mehrheitsgesellschaft? Versteht sie das hohe Minarett, das vielleicht alle anderen Bauten des Stadtteils überragt, als kulturelle Bereicherung oder als Bedrohung? Oder vielleicht in früheren Jahren als Bereicherung, heute aber eher als Bedrohung? Glaubt sie den friedlichen Bekundungen des Moscheevereins in der Nachbarschaft und bemüht sich der Moscheeverein um gute Kontakte zu den Nachbarn? Beten dort Menschen, die nur ihren Glauben praktizieren und zum Frieden in der Gesellschaft beitragen wollen oder werden dort politische Predigten gehalten? Wird das Kopftuch als individuelles Glaubensbekenntnis getragen oder als politisches Symbol? Wünschen sich die europäischen Gesellschaften überhaupt ein Miteinander mit den Zuwanderern, möchten sich alle Zuwanderer in die europäischen Gesellschaften integrieren? Wie weit reichen Toleranz und Freiheit der demokratischen Gesellschaften, und wo beginnt die Gleichgültigkeit und die Ablehnung?

Das lange Nebeneinander muss ein Miteinander werden. Das oberste Prinzip ist, den gesellschaftlichen Frieden zu wahren und Wege zum Miteinanderleben zu finden. Die europäischen Gesellschaften müssen bereit sein, Zuwanderern Heimat und Annahme zu geben, die Zuwanderer ihrerseits dazu, sich von einem politisierten Islamverständnis zu lösen und die hiesigen Gesetze nicht nur zu halten, sondern die europäischen Demokratien als gut und richtig zu bejahen. Hier ist auf beiden Seiten viel zu tun – zunächst Bewußtseinsbildung für die Versäumnisse der Vergangenheit, Informationsvermittlung, Gespräche, Begegnung, Förderung der Chanclosen, Forderung nach beiderseitigem Einsatz für ein friedliches Zusammenleben.

2. Die politische Herausforderung

Es ist heute jedermann bewusst, was mit der Thematik der „politischen Herausforderung“ gemeint ist: Viele Menschen in

Europa betrachteten in den letzten 30 Jahren die Beschäftigung mit dieser politischen Dimension in islamischen Ländern als Thematik einiger Nahostexperten. Man ging zu lange davon aus, dass sich extremistische Bestrebungen auf landesinterne Konflikte wie Algerien, Palästina oder den Iran beschränkten. Heute hat sich diese Sicht grundlegend gewandelt, und das zu Recht.

Wer seine Aufmerksamkeit nur mehr auf Länder wie Afghanistan als Rückzugsräume extremistischer Netzwerke richtet, wird die heutige Situation nicht mehr in ihrer ganzen Tragweite begreifen. Auch europäische Metropolen wurden zum Schauplatz terroristischer Angriffe, darunter Amsterdam, Madrid oder London, das bereits seit geraumer Zeit als Drehscheibe des internationalen politischen Islam gilt. Unter der logistischen und finanziellen Unterstützung aus dem Nahen und Mittleren Osten ist Europa zum Rückzugs- und auch zum Aktionsraum für extremistische Gruppierungen geworden. Manche Moscheen und islamischen Zentren wurden zu Rekrutierungsstellen für Extremisten. Der internationale islamistische Terrorismus, lange hinsichtlich seiner Tragweite und seines Herrschaftsanspruchs unterschätzt, hat nicht vor den Toren Europas Halt gemacht, sondern ist heute – so erschreckend dieses Fazit auch ist – Bestandteil der europäischen Wirklichkeit geworden. Die Auseinandersetzung in und um Israel im Vorderen Orient zu führen, oder gegen das „kompromißbereite“, „unislamische“ Regime im eigenen islamischen Land zu kämpfen, ist nicht mehr das einzige Ziel heutiger extremistischer Gruppierungen. Politische Gruppierungen betrachten Europa nicht mehr nur als Ruhe-, sondern auch als Aktionsraum. Das Internet macht dabei Reisen in Ausbildungscamps wie auch persönliche Rekrutierungen mehr und mehr unnötig.

Der Islamismus als politische Kraft

Allerdings geht es beim politischen Islam nicht nur um Gewalt und Terror. Der gewaltbereite Extremismus ist nur ein Flügel

des politischen Islam und insgesamt ein zahlenmäßig kleines Spektrum. Zum politischen Islam rechnet man auch jenen Bereich des Islamismus, der seine Ziele mit rechtsstaatlichen Mitteln, mit Strategie, z. T. aus dem Ausland stammenden Finanzquellen und gut geschultem Personal, aber nicht weniger entschlossen verfolgt. Der politisch motivierte Islam übt seinen Einfluß über Moscheevereine und Dachorganisationen aus und dies in zweifacher Weise: Zum einen erklärt er sich als organisierter Islam zum Sprachrohr „der“ Muslime in Europa und verwendet dabei Titel wie „Zentralrat“, obwohl gerade der „Zentralrat“ weniger als 1% der Muslime in Deutschland vertreten dürfte. Insgesamt gehören dort 5 bis höchstens 10% aller Muslime hierzulande einer dieser Organisationen an, also eine Minderheit. Dennoch formuliert der politisch organisierte Islam öffentliche Stellungnahmen, in denen er sich anmaßt, für alle Muslime zu sprechen. Da die muslimische Gemeinschaft keine den Kirchen vergleichbare Mitgliedschaft noch Hierarchie kennt, ernennt sich der organisierte Islam damit selbst zum Dialogpartner für die Kirche und zum Ansprechpartner für den Staat, obwohl doch eine Mehrheit von mindestens 90% aller Muslime in Europa nicht von einer dieser Organisationen vertreten werden möchten.

Vertreter des Islamismus suchen Einfluss in Universitäten und Politik, fordern die Gleichstellung mit den christlichen Kirchen und vermehrte Rechte oder Anpassungen der Gesetzgebung (für die Sondererlaubnis zur Schächtung von unbetäubten Tieren mußte in Deutschland das Tierschutzgesetz geändert werden). Andere höchstrichterlich ausgetragene Streitpunkte der vergangenen Jahre waren auch die Frage nach dem Kopftuch für beamtete Lehrerinnen oder der Gebetsruf per Lautsprecher.

Vorrangiges Ziel ist die gleichberechtigte Anerkennung des Islam in Europa, die Bekanntmachung und Durchdringung der westlichen Gesellschaft mit islamischen Werten sowie die Vereinnahmung der muslimischen Gemeinschaft für eine bestimmte Interpretation des Islam. Der zweite Schritt ist der aktive

Einsatz für die Werte der Scharia, die Unterbindung jeglicher Kritik an islamischen Werten und schließlich die Proklamierung der Scharia, der islamischen Ordnung, zunächst über die muslimische Gemeinschaft. Zudem aber wirkt der politisch organisierte Islam auch in die muslimische Gemeinschaft hinein in dem Wunsch, Muslime zum Einhalten einer strikten Form des Islam in Europa anzuhalten. Erteilen Lehrerinnen des organisierten Islam an öffentlichen Schulen Religionsunterricht mit Kopftuch und vermitteln sie ihre traditionelle, die Frau rechtlich benachteiligende Rolle, wird der Druck offensichtlich größer, dass auch Schülerinnen in diesem Umfeld vermehrt und früher Kopftücher tragen und einem schariazentrierten, nicht aufgeklärten Islam bis in die Elternhäuser Vorschub geleistet wird.

Die Beschäftigung mit den Hintergründen des politischen Islam ist daher heute weder „weithergeholt“ noch ein abwegiges intellektuelles Tätigkeitsfeld, sondern für die europäischen Gesellschaften von größter Bedeutung. Weder Panikmache noch Verharmlosungen noch Verallgemeinerungen sind am Platz. Nüchterne Bestandsaufnahmen sind gefragt.

Differenzierung schafft Nüchternheit

Wenn Hintergründe und Motive politisch-islamischer Gruppierungen einerseits erkannt und nüchtern analysiert werden, dient das der differenzierten Wahrnehmung der muslimischen Gemeinschaft und letztlich der Vermeidung von Falschurteilen. Wenn sich unpolitische muslimische Gruppierungen von Gewalt, Terror und Islamismus nachdrücklich distanzieren – ja, noch wertvoller, Begründungen aus dem Koran und den Schriften muslimischer Theologen finden, die die Berechtigung eines gewalttätigen Islam ablehnen – wird dies dazu dienen, die Unterschiede zur friedlichen Mehrheit der muslimischen Gemeinschaft in Europa deutlicher erkennbar zu machen. Weder eine aus Angst heraus entstandene Abwehr gegen muslimische Nachbarn und Mitbürger, noch eine Verharmlosung der politischen Aktivitäten der bekannten Gruppierungen wird

dem friedlichen Zusammenleben und der konstruktiven Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft dienlich sein.

Bilanzierung ist gefragt

Für die dringend notwendige sachliche Auseinandersetzung müssen auch kritische Fragen zugelassen werden; kritische Fragen an die Mehrheits- wie die Minderheitengesellschaft. Themen könnten die Fehler der Vergangenheit, die versäumte Integration, aber auch Themen wie Zwangsheiraten und Ehrenmorde sein. Beides existiert in Europa seit über vierzig Jahren, war aber bisher für die Mehrheitsgesellschaft kaum von Interesse. Die Tatsache, dass es heute eher eine Zunahme an Ehrenmorden und immer noch eine hohe Zahl von Zwangsverheiratungen junger Migrantinnen in Europa gibt, stellt gleichzeitig die Frage nach der Verteidigung der eigenen, europäischen Werten wie danach, wie Frauen Schutz zu gewähren ist und europäische Vorstellungen der Gleichberechtigung von Mann und Frau in einem Umfeld durchzusetzen sind, das diese Werte durch den Import althergebrachter Traditionen grundsätzlich in Frage stellt. Nur eine nüchterne Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Problemen wird einen Schritt vorwärts bringen.

3. Die Frage der Religion

In einer Zeit, in der im Westen der Grundtenor lautet, dass Religion kaum mehr öffentliche Bedeutung hat, von Aufklärung und Säkularisierung geprägt ist, so dass er im Bewußtsein vieler nur wenig mit der europäischen Werteordnung zu tun hat, begegnet uns der Islam als überaus vitale, weltweit vernetzte, finanzkräftige, missionarisch aktive und vor allem selbstbewusste Religion mit apologetisch vorgetragendem Absolutheitsanspruch.

Im Islam begegnet uns zwar nicht nur allein eine Religion, sondern auch ein Gesellschaftssystem, das eng mit Religion und Tradition verknüpft ist. Gleichzeitig ist die Religion in viel

stärkerem Maß Bestandteil des Alltags, der Öffentlichkeit und der Familie als das im allgemeinen in Europa der Fall ist. Die mit dem Islam verflochtene Tradition enthält detaillierte Regeln für Kleidung und Speisen, für Feste und Feiertage, für das Verhalten von Männern und Frauen, für Heirat und Scheidung, für das Verhältnis von Muslimen zu Nichtmuslimen, für Krieg und Frieden. Weil Tradition und Glaube eng miteinander verbunden sind und die Tradition religiös begründet wird, erhält sie prägende Kraft für den Alltag. Schon von daher ist bei einer Frage wie nach der Bedeutung des Kopftuchs oder der Funktion einer Moschee der politische Bereich vom religiösen nicht ohne weiteres zu trennen. Mit der Religion und Tradition (die nicht immer spezifisch islamisch sein muss) verbinden sich gesellschaftliche und politische Aspekte. So ist das Kopftuch für viele Musliminnen eben nicht nur ein persönliches Bekenntnis, sondern steht auch für eine Anerkennung der schariarechtlichen Bestimmungen zu Ehe und Familie und der rechtlich benachteiligten Stellung der Frau. Damit geht aber die Bedeutung des Kopftuchs insgesamt weit über ein persönliches Bekenntnis hinaus.

Dadurch, dass der Islam das Thema der Religion neu zur Sprache bringt, wird sich auch die westliche Gesellschaft der Frage stellen müssen, welche Werte denn die Werte Europas des 21. Jahrhunderts sein werden. Ruhen die Werte der europäischen Gesellschaft auf dem Fundament eines jüdisch-christlichen Erbes? Wenn ja – muss dieses jüdisch-christliche Erbe bewahrt werden, um die tragenden Werte Europas bewahren zu können? Oder kann doch beides voneinander abgekoppelt werden? Dass diese Frage im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Islam letztlich immer unausgesprochen im Raum steht, hat wohl auch die teilweise hitzige Debatte im Rahmen eines möglichen EU-Beitritts der Türkei darüber gezeigt, ob denn Europa nun ein „christlicher Club“ sei oder nicht. Diese Frage werden die europäischen Länder zunächst für sich selbst lösen müssen, bevor sie eine tragfähige Antwort in Richtung Türkei geben können.

Erkennbar ist auch, dass der Islam als Religion eher an Anziehungskraft gewonnen denn verloren hat. Von einem vielbeschworenen „Abschleifen“ der Religion in der zweiten und dritten Generation kann heute keine Rede mehr sein. Sicher gibt es den Bereich des „säkularisierten“ Islam; Muslime, die den gleichen Freizeitvergnügungen nachgehen wie europäische oder deutsche Jugendliche, aber aufs Ganze betrachtet, ist der Islam unter Immigranten eine lebendige Religion geblieben. Nicht indem vielleicht jede einzelne islamische Glaubensvorschrift in jeder Familie detailgenau beachtet wird, aber doch so, dass der Islam Rückhalt und Identität bietet. Z. T. wenden sich gerade junge Leute – nachdem ihre Eltern einen verhältnismäßig aufgeklärten Islam gelebt haben – ihrerseits wieder einer strikteren Befolgung der islamischen Vorschriften zu.

Bedenklich stimmt, dass manche islamischen Organisationen schon heute in Europa darauf drängen, dass nichts „Negatives“ mehr über den Islam veröffentlicht werden dürfe, da dies Diskriminierung bedeute – mit anderen Worten, alles, was nicht aus muslimischer Sicht geschrieben wurde, ist zu unterbinden (eine Entwicklung, die z. B. in Großbritannien durch islamische Lobbyarbeit weitaus mehr fortgeschritten ist). Hier wird es ganz wesentlich daran liegen, wie „wach“ die westliche Gesellschaft diese Entwicklung verfolgt und in welchem Maß sie bereit ist, ihre mühsam erkämpfte Presse- und Meinungsfreiheit zu verteidigen.

Fazit

Die gegenwärtige Debatte über die Fundamente dieser Gesellschaft und die Auseinandersetzung mit einer ganz anders gearteten Werteordnung und Religion hat sich uns mit aller Macht geradezu aufgedrängt. Das erschreckt nachhaltig und eröffnet doch gleichzeitig Wege zu einer fundierten Diskussion, sofern denn die westliche Gesellschaft in der Lage sein wird, nicht in Panik und Abwehr zu verfallen, sondern nüchtern über die Verhältnisse im eigenen Land und bei den

Zuwanderern Bilanz zu ziehen und nach konstruktiven Lösungsansätzen zu suchen. Vielleicht verläuft die Debatte um die „Integration“ auch deshalb so aufgeregt, weil die kulturell-gesellschaftlichen oder religiösen Besonderheiten Europas, die hierzulande verteidigt werden sollen, bisher selten klar definiert wurden. Führt der Islam der westlichen Gesellschaft vielleicht besonders deutlich ihre Ziel- und Wertelosigkeit vor Augen?

Die Mehrzahl der Muslime, die in Europa unpolitisch denkt und lebt und sich große Sorgen macht um die Rechte, die islamistische Gruppen Stück für Stück mit Erfolg einfordern, erwarten eine Antwort vom Staat, dessen Aufgabe es ist – aus einer vertieften Kenntnis des Islam – zu einer vernünftigen Grenzziehung gegenüber politischen Kräften zu kommen. Es darf keinen doppelten Rechtsstandard geben – bei der Stellung der Frau oder der Ankerkennung der Vielehe etwa – denn nur eine Verständigung auf eine gemeinsame Rechts- und Werteordnung wird den Erhalt unseres Staates auf Dauer garantieren können. Es lohnt sich, für ein echtes Miteinander einzustehen, das uns in Europa aber bei teilweise divergierenden Werteordnungen nicht in den Schoß fallen wird.

Gleichzeitig muss alles dafür getan werden, dass die Migranten in Europa dauerhaft Heimat finden. Viel zu viele fühlen sich entwurzelt, weder in dem Herkunftsland ihrer Eltern und Großeltern noch in ihrer neuen „Heimat“ zu Hause – die zu oft eben noch keine Heimat geworden ist. Migranten fühlen sich ausgegrenzt und benachteiligt, diskriminiert und verachtet – teilweise beruht dieses Empfinden auf eigenen Erfahrungen mit Benachteiligungen, teilweise auf einer stellvertretend für die weltweite muslimische Gemeinschaft empfundenen Zurücksetzung, teilweise liegt die berufliche Perspektivlosigkeit aufgrund von geringer Schulbildung sehr nahe. Politische und wirtschaftliche Programme sind wichtig, damit mehr Migranten in Europa auch wirtschaftlich Fuß fassen können – aber auch abgesehen von dieser gesellschaftspolitischen Ebene müssen

Muslime und Nichtmuslime stärker aufeinander zugehen, um im Europa des 21. Jahrhunderts nicht mehr nur nebeneinander, sondern miteinander zu leben.

(Quelle: [Institut für Islamfragen der Deutschen Evangelischen Allianz](#))

VW spricht türkisch



Am 8. Mai feierte der türkische Kriegsfilm „120“ im UFA-Palast Stuttgart Premiere. Mitsponsor des Films ist VW, vertreten durch die Volkswagen Automobile Stuttgart GmbH & Co. KG. Die Verbindung liegt bei näherem Betrachten auf der Hand.

Der *Stuttgarter Stadtanzeiger* schreibt in seiner Printausgabe vom 14. Mai:

...als einer der größten Volkswagen-Händler in Deutschland sieht es das Unternehmen als Verpflichtung an, Kunden bestmöglich zu betreuen. Aus diesem Grund unterstützt Volkswagen Automobile Stuttgart das Projekt „Volkswagen spricht Türkisch“. Zur besonderen Betreuung türkischsprachigen Kunden wurden eigens zwei türkischstämmige Verkaufsberater eingestellt. Sie beherrschen die türkische und die deutsche Sprache gleichermaßen und kennen die kulturellen Gewohnheiten türkischen Kunden. Mit der Verkaufsberatung in türkischer Sprache sollen so Missverständnisse verhindert werden.

Aber nicht nur in Stuttgart, auch in [Berlin](#) ist VW stark auf seine türkischen Kunden fokussiert. Und rechtzeitig zum Kinostart hat VW einen [türkischsprachigen Werbespot](#) produzieren lassen.

Der [Standard](#) berichtet:

Anfang des Jahres begann Volkswagen Deutschland türkisch zu sprechen: „Volkswagen Türkçe konuşuyor“. Zumindest was Werbebotschaften und Verkaufsgespräche betrifft. Nicht weil plötzlich babylonische Zustände bei den Nachbarn ausgebrochen wären, die Sache ist viel einfacher. Volkswagen besann sich seiner Kunden. Davon sind nun einmal in Deutschland 2,7 Millionen türkischstämmig – mit einer nicht gering zu schätzenden Kaufkraft von 20 Milliarden Euro.

So kommt es, dass Hamburger, die in einer bestimmten Filiale einen Volkswagen kaufen, Ramazan Kazankaya über den Weg laufen. Ramazan Kazankaya berät die Kunden vom Land am Bosphorus in ihrer Muttersprache. Und er serviert daneben ein Gläschen Tee. So wie Kazankaya halten es bei Volkswagen Deutschland mittlerweile 40 extra für die türkischstämmige Zielgruppe eingestellte und geschulte Verkaufsberater. Der entsprechende TV-Spot „Volkswagen spricht Türkisch“ ist 38 Sekunden lang und wird in einem der bundesweit ausgestrahlten türkischen Fernsehsender gezeigt. Wieviel Spielraum Ramazan Kazankaya hat – etwa um mit dem Handeln eine der schönsten Bräuche seines Herkunftslandes pflegen zu können – ist nicht bekannt.

Der Spot, der ohne Dialoge auskommt, geht jedenfalls so: Ein Vater liebt seine Tochter über alles. Selbstverständlich hat er ein kritisches Auge darauf, mit welchen Männern sie ausgeht. Selbstverständlich schaut er sich die Bewerber ganz genau an. Nicht zuletzt das Fahrzeug, mit dem die interessierten Herren zum Rendezvous anrollen, dient der Ein- und Abschätzung. Und da hat die besten Karten – Sie erraten es – wer dem neuen Volkswagen Tiguan entsteigt.

Die Realität sieht leider diametral anders aus...

(Spürnase: Marquis)

»[Lämmchenpreise statt saubillig](#)

Türke bestraft für Kritik am eigenen Land



Ein türkischer

Philosophielehrer beschwerte sich während einer Busfahrt über die Zustände in seiner Heimat: Er bedauerte die große Armut im Land und die daraus resultierende Zunahme der Kriminalität. Doch das sollte ihn teuer zu stehen kommen: Er wurde von einem Polizisten angeklagt wegen „Beleidigung des türkischen Staates“. Wenn er der „Tat“ schuldig befunden wird, kann er dafür bis zu zwei Jahre ins Gefängnis gehen. Soviel zum Thema Menschenrechte und Redefreiheit in der Türkei.

ANSamed [berichtet](#) über den Fall der Übertretung von Paragraph 301 im türkischen Strafgesetzbuch. Seit 8. Mai ist es nämlich nach türkischem Gesetz verboten, den türkischen Staat oder irgendetwas Türkisches in irgend einer Form zu „beleidigen“. Der Philosophielehrer sprach mit dem Mann neben ihm über Missstände und Armut. Dabei wurde er von einem vor ihm sitzenden Polizisten gehört und gleich verklagt. Die erste Anhörung vor Gericht ist auf 7. Juli in Istanbul angesetzt.

(Spürnase: Christine B.)

Solidarität für 200 Millionen verfolgte Christen



Trotz UNO-Menschenrechts-Charta wird die Religionsfreiheit zunehmend unterdrückt. Drei von vier aus religiösen Gründen verfolgte Menschen sind Christen. 200 Millionen Christen werden weltweit diskriminiert, verfolgt oder sogar mit dem Tod bedroht. Aus diesem Grund hat *Christian Solidarity International* (CSI) für morgen eine [Solidaritätskundgebung in Bern](#) (Schweiz), Münsterplatz, organisiert ([PI berichtete](#)) und hofft auf zahlreiches Erscheinen.

Die christliche Menschenrechtsorganisation CSI will mit der Kundgebung vom 28. Mai 2008 in Bern auf die prekäre Situation der verfolgten Christen aufmerksam machen. Jeder zehnte Christ wird heute verfolgt oder ist sogar wegen seines Glauben in Todesgefahr.

Die Kundgebung soll

„den ungehörten Schrei der 200 Millionen verfolgten Christen nach Bern tragen“,

begründet Geschäftsführerin Annette Walder das Engagement von CSI. Mit einer Bittschrift will CSI anregen,

„dass sich Regierung und Parlament international vermehrt für Religionsfreiheit einsetzen. Auch Muslime in der Schweiz sollen angehalten werden, sich für Religionsfreiheit in islamischen Ländern stark zu machen“.

Acht Schweizer Nationalräte aus allen Regierungs- und Nichtregierungsparteien haben ihre Teilnahme an der Kundgebung zugesagt:

- Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP)
- Nationalrat Adrian Amstutz (SVP)
- Nationalrätin Elvira Bader (CVP)
- Nationalrat Walter Donzé (EVP)
- Nationalrat Oskar Freysinger (SVP)
- Nationalrat Ricardo Lumengo (SP)
- Nationalrat Werner Messmer (FDP)
- Nationalrat Claude Ruey (LPS)

SP-Nationalrat Ricardo Lumengo meint zu seinem Engagement an der Kundgebung:

„Ich habe in meinen Jugendjahren in Angola persönlich miterlebt, wie Christen um ihres Glaubens willen verfolgt wurden.“

Alle Landes- und Freikirchen unterstützen das Anliegen. Folgende Kirchen werden mit einem offiziellen Vertreter an der Kundgebung anwesend sein:

- Dr. Heinz Gstrein, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Orthodoxer Kirchen in der Schweiz (AGOK)
- Abt Mgr. Joseph Roduit, Katholische Kirche
- Max Schläpfer, Präsident Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden (VFG)
- Pfr. Christoph Schuler (Christkatholische Kirche)

Mit der Kundgebung will CSI laut Annette Walder auch

„einen Paradigmenwechsel in den christlichen Kirchen in der Schweiz auslösen. Wir leben in einem Land mit Religionsfreiheit. Viele Christen in der Schweiz sind sich noch nicht bewusst, wie schlimm die Christenverfolgung heute ist.“

Solidaritätskundgebung für 200 Millionen verfolgte Christen

Mittwoch, 28. Mai 2008

13.00 – 15.00 Uhr

Münsterplatz Bern

Aus dem Programm:

- Situation der 200 Millionen verfolgten Christen weltweit
- Berichte von Betroffenen (Sudan und Irak)
- Bittschrift an Regierung und Parlament (mit Nationalräten aus allen Regierungsparteien)
- Bitte an Muslime in der Schweiz, sich für Religionsfreiheit in islamischen Ländern einzusetzen.
- Gebet für die Verfolgten

Gastbeitrag von [CSI-Schweiz](#)

**Mordfall Knox: Trauer,
Verzweiflung, Wut**



Neue Erkenntnisse im Fall der [Ermordung von Robert Knox](#) (Foto): Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich um den 21-jährigen Carl Norman Bishop, ein Arbeitsloser aus dem Vorort Sidcup, der mit zwei Messern bewaffnet war, als er an dem Abend die *Metro Bar* betrat. Bishop ist der Polizei kein Unbekannter. Er ist nebst dem Mord wegen fünffacher Körperverletzung angeklagt. Am Abend der Tat war er mit einem anderen Schwarzen in einem Audi A3 vor der Bar vorgefahren.

Der 21-jährige Dean Saunders, dem in den Hals gestochen wurde, liegt mit schweren Verletzungen im Krankenhaus, ist aber außer Lebensgefahr. Bishop wird heute Dienstag dem Richter vorgeführt.

Welchen kulturellen Hintergrund der Täter hat, geht aus den Zeitungsberichten nicht hervor: Er ist dem [Namen nach](#) wohl ein Christ, der Hautfarbe nach [ein Schwarzer](#) und gemäß Aussagen in englischsprachigen Blogs ein [Kulturbereicherer](#). Aber hier geht es um mehr als um kulturellen Hintergrund. Es geht darum, dass Rob Knox schon das 14. Londoner Todesopfer wegen einer Messerstecherei allein in diesem Jahr ist, und es lässt sich nicht hinwegdiskutieren, dass die meisten [Gewaltverbrechen mit Messern von Migranten](#) verübt werden. Knox' Berühmtheit gibt dem Einzelfall™ etwas mehr Gewicht und macht auf die Problematik aufmerksam.

Ein Kommentator *truthman* aus London schreibt auf den [Bericht](#) von *This is Hertfordshire*:

Robert Knox ist das jüngste Opfer schwarzer Kultur. Jeder kleinste Streit wird mit extremer Gewalt gelöst. Das Problem

in London mit Schusswaffen und Messern kommst fast ausschließlich von der schwarzen Gemeinschaft. Es kommt nicht von weißen Kids oder von den Leuten, die London von überall her auf der Welt besuchen kommen.



So oder so geht es nicht um den konkreten Einzelfall sondern um die dramatische Häufung der Einzelfälle™. Zurück bleiben die Trauernden Familien, die nie wieder so leben können wie zuvor. Jamie Knox (Foto), dessen Bruder gestorben ist, um ihn zu retten, wird sich ein Leben lang Vorwürfe machen, auch wenn er am Tod seines Bruders überhaupt keine Schuld trägt. Rob's Vater Colin Knox hatte seinen Sohn kurz vor seinem Tod noch vor den Messerstechern gewarnt. Unter Tränen sagte gegenüber der [Sun](#):

“Wir hatten ein Gespräch über Messer und die Probleme mit Leuten, die Messer tragen und darüber, Problemgebieten, wo man nicht hingehen sollte, fern zu bleiben. Es ist ein wenig ironisch, aber wahr.”

Den Schmerz, den der Tod von Robert Knox hinterlässt erahnen, lassen die [Worte des Freundes](#), der Jetzt unter dem Namen Callum Turner bekannt ist, in dessen Armen Knox starb:

Er schaute mir in die Augen und sagte: „Callum, ich brauche Hilfe, bitte hilf mir.“ Ich legte ihn auf den Boden, hielt seine Hand und redete immer weiter mit ihm, damit er möglichst ruhig blieb. Rob schaute zu mir auf, als ich ihn in meinen Armen hielt, den Kopf auf meinen Schoß gelegt. Ich wusste dass er wegstirbt. Es war einfach so traurig. Es gab

*nicht, was ich tun konnte, um ihn zu retten – er starb in meinen Armen. Ich werde diesen Blick in seinen Augen nie vergessen, als sein Leben erlosch – es wird mich für immer verfolgen. Ich kann einfach die Person nicht verstehen, die Rob das angetan hat. Wieso jemanden angreifen, der so verteidigungslos und unschuldig ist? **Die Leute mit den Messern, begreifen einfach nicht, den Wert des Lebens. Es macht einem krank.***

Solche Fälle zu verhindern, sollte eigentlich unser aller Ziel sein, egal von welchem „Background“ wir herkommen.



Geert Wilders kommt nach Kopenhagen



Der niederländische Islamkritiker Geert Wilders wird am [1. Juni in Kopenhagen](#) über die Reaktionen auf seinen Film Fitna berichten, der damals selbst vom dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen scharf kritisiert wurde. Wilders' Rede beginnt um 15.00 Uhr, in Hinblick auf

Sicherheitsvorkehrungen bittet der Veranstalter die Teilnehmer, eine Stunde früher zu erscheinen.

Um eingelassen zu werden, muss man an der Anmeldung seinen Namen, Adresse und Telefonnummer angeben. Das Gleiche gilt für eventuelle Gäste, die mitgebracht werden. Ort: Landstingssalen, Christiansborg (in Kopenhagen, dänisches Parlament), Eintritt: 175 Kronen (ca. 24 Euro), Anmeldung bis spätestens 28. Mai über: trykkefrihed@trykkefrihed.dk oder telefonisch (0045)50737752. Auf Grund des großen Interesses empfehlen die Organisatoren eine schnelle Anmeldung.

(Spürnase: gegen-islamisierung.info)



KLM gehorcht moslemischen Befindlichkeiten



Weil eine moslemische Kopftuchfrau nicht neben einem fremden Mann sitzen wollte, musste der niederländische Politiker [Lex van Drooge](#), der zum „Brückenbauen“ in Istanbul gewesen war,

seinen gebuchten Sitzplatz räumen. Darüber berichtet [Akte Islam](#) unter Bezugnahme auf einen Artikel im [Telegraaf](#).

(Spürnase: Gottfried von B.)